

Bezugspreis:

Einzelheft 10.- Pf., monatlich 30.- Pf., vierteljährlich 90.- Pf., halbjährlich 180.- Pf., jährlich 360.- Pf. (Post- und Transportkosten sind nicht inbegriffen). Der Preis für den Ausland-Bezug beträgt 40.- Pf. pro Heft. Der Preis für den Ausland-Bezug beträgt 40.- Pf. pro Heft.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Erziehung und Kulturen“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Kernsprecher: Redaktion Vorplatz 15195-97

Expedition Vorplatz 11753-54

Mittwoch, den 25. Mai 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Vorplatz 11753-54

Anzeigenpreis:

Die wichtigste Anzeigenart ist die „Kleine Anzeigen“, die in der ersten Spalte des ersten Blattes steht. Der Preis für eine Zeile beträgt 10.- Pf. pro Tag. Der Preis für eine Zeile beträgt 10.- Pf. pro Tag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden. Der Preis für eine Zeile beträgt 10.- Pf. pro Tag.

Frankreich gegen Polen.

Paris, 25. Mai. (IL.) Französische Nachrichtenstellen melden: Im gleichen Augenblick, als Frankreich eine diplomatische Aktion bei der deutschen Regierung unternahm, hat sie durch den französischen Botschafter in Warschau dringende Schritte bei der polnischen Regierung veranlaßt. Polen ist aufgefordert worden, dieselben Maßnahmen zu treffen wie diejenigen, die von Deutschland verlangt worden sind. In den letzten Tagen haben zwei polnische Heberfälle in Oberschlesien stattgefunden, der eine bei Stedwih, der andere bei Landsberg; das beweist, daß die polnischen Grenzen nicht geschlossen sind. Polen ist deshalb aufgefordert worden, Maßnahmen zu treffen, um die Wiederholung solcher Zwischenfälle zu verhindern, die Grenze zu schließen und die Banden aufzulösen, deren Bildung die Verantwortlichkeit der polnischen Regierung in ernstester Weise bloßstellt.

Englands Haltung in Oberschlesien.

Paris, 25. Mai. (EE.) Der Londoner Berichterstatter des „Morning Post“ legt die Ansicht dar, die die englische Regierung in der oberschlesischen Frage vertritt. Er erklärt, daß man die Haltung Englands wohl als den Beginn einer Entspannung zwischen Frankreich und England ansehen könne. In Frankreich aber darf man nicht übersehen, daß die englische Haltung durch zwei Gründe bestimmt ist, die aber in französischen und polnischen Ohren keineswegs angenehme Klang beifügen dürften. England habe absolut kein Vertrauen zu der polnischen Verwaltung und Finanzverwaltung und glaube nicht an ein starkes und lebensfähiges Polen. Die englische Politik bestrebe sich, durch ein starkes Mitteleuropa ein Gegengewicht für Rußland zu schaffen. Man denke aber dabei nicht so sehr an das Rußland von heute, als vielmehr an das der Zukunft. Englands Konflikt mit Polen rechnet daher nicht mit Polen, sondern wünscht ein starkes Deutschland, das stark und mächtig genug sein sollte, allerdings nicht so sehr als 1914, um Rußland ein Gegengewicht bieten zu können. Mehrmals Gedanken habe Churchill, der übrigens zum Lord of Appeal ernannt worden ist, wiederholt geäußert, und sie erklären das Eintreten Englands für eine Inzierung des Industriegebietes von Oberschlesien an Deutschland.

Der Kampf um die Grenzlinie.

London, 25. Mai. (WTB.) In dem diplomatischen Bericht des „Daily Telegraph“ heißt es, die Antwortnote der deutschen Regierung in der oberschlesischen Frage werde in britischen Kreisen nicht nur als sehr geschickt, sondern auch als in den meisten Fällen ungewöhnlich überzeugend angesehen. Wie es in dem Bericht weiter heißt, sei eine Meinung, wonach die von dem Grafen Sforza vorgeschlagene Grenzlinie in Oberschlesien den Polen mehr entgegenkomme als die vom General de Marini vorgeschlagene Linie, durch Bemerkungen bestätigt worden, die der italienische Minister des Auswärtigen vor kurzem gegenüber dem britischen Botschafter in Rom machte.

London, 25. Mai. (WTB.) Der Vorschlagsausschuß des internationalen Schiedsgerichts in London hat eine Entscheidung angenommen, in der die Hoffnung ausgedrückt wird, die britische Regierung werde nicht zulassen, daß Deutschland aus irgendwelchen Zweckmäßigkeitsgründen der Ergebnisse der großen Mehrheit beraubt werde, die sich bei der Volksabstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands ergeben habe, da die Abtretung von Gebieten, die seit Jahrhunderten deutsch gewesen seien, an Polen infolge einzelner Mehrheiten in gewissen Gemeinden verkehrt und voller Gefahren für die zukünftige Wohlfahrt Europas sein würde. Der Ausschuss erklärt, die Zeit sei gekommen, wo alle aus dem Friedensvertrag sich ergebenden Fragen dem Völkerverband überwiesen werden müßten.

Englisch-französische Auseinandersetzung.

London, 25. Mai. (EE.) Gestern nachmittags stattete der französische Botschafter in London Lord Curzon einen Besuch ab, um diesem Kommentare zur französischen Note, die an das „Foreign Office“ gerichtet war, zu geben. Darin hieß es, daß die englische Regierung ihren Botschafter in Berlin Lord D'Abernon beauftragen möge, daß dieser gemeinsam mit dem französischen Charles Laurant die deutsche Regierung veranlasse, die Grenze gegen Oberschlesien hermetisch zu verschließen und die Reichsbank zu veranlassen, das Geld und die nötigen Lebensmittel nach Oberschlesien zu senden. Es gelang dem französischen Botschafter aber nicht, diese Forderungen bei Lord Curzon durchzusetzen. England sei nicht geneigt, einen derartigen Schritt gemeinsam mit Frankreich in Berlin zu unternehmen und überließ es dem Vertreter Frankreichs, dies allein zu tun. Lord Curzon erklärte dann noch ausdrücklich dem französischen Botschafter, daß der englische Botschafter in Berlin Lord D'Abernon früher gehandelt habe, als die Franzosen es verlangten. Die englische Regierung habe auch ferner alles Erforderliche aufzuheben, um die Lage in Oberschlesien zu klären. Der französische Botschafter Saint-Aulaire beabsichtigt heute neuerlich Lord Curzon einen Besuch abzugeben.

Korsanty regiert weiter.

Troß seines Versprechens, den Rückzug anzutreten und den Kampf gegen die Deutschen einzustellen, bleibt Korsanty auch weiter der offizielle Leiter der Gewaltaktion gegen die deutschen Städte des oberschlesischen Industriezentrums. In einem Aufruf an die deutschen Städteinwohner fordert er zu der Uebergabe der Städte an die Insurgenten auf. Der bewaffnete Widerstand des Selbstschutzes werde Oberschlesien in einen Trümmerhaufen verwandeln. Auch dieser Aufruf zeigt, daß es der Interalliierten Kommission zurzeit noch nicht gelingt, Herr der Lage zu werden. Es darf also nicht wunder nehmen, wenn die deutschen Schutzverbände der kritischen Zeit, so gut es geht, sich ihrer Haut wehren.

An der tschechisch-schlesischen Grenze z. B. ist es nach Berichten des „Neuen Wiener Tageblatt“ zu größeren Zusammenstößen gekommen, bei denen eine Anzahl Kampfteilhaber auf tschechisches Gebiet abgedrängt wurde und dort entworfen werden mußte. Das sind unliebsame Zwischenfälle, die der Entente ihre Pflicht, für Ruhe und Ordnung in Oberschlesien zu sorgen, von neuem vor Augen führen sollte.

In amtlichen englischen Kreisen soll man sehr erregt über die barbarische „Kriegsführung“ der Insurgenten sein. Man weist besonders darauf hin, daß die Aufhänger Kattowitz von der Wasserzufuhr abgeschnitten haben. Es wäre gut, wenn dieser Entzettel endlich die rettende Tat folgte.

Berlin, 25. Mai. (WTB.) Eine Instandsetzung sämtlicher seit zwei Tagen östlich der Linie Kreuzburg-Ratibor wieder gestörten Fernsprecher- und Telegraphenleitungen war bisher nicht möglich, da die Linien und Hauptstützstellen im Feuerbereich der Aufständischen liegen und die Instandsetzungsarbeiten auch unter militärischem Schutz der Interalliierten Kommission ohne Lebensgefahr nicht ausführbar sind.

Der Chef der Reichskanzlei.

Der Staatssekretär Albert in der Reichskanzlei hat bei der Neubildung des Kabinetts seinen Posten zur Verfügung gestellt und um einstweilige Versetzung in den Ruhestand gebeten. Der Reichspräsident hat diesem Ersuchen nunmehr entsprochen. Mit der Führung der Geschäfte ist bis auf weiteres der Geheimrat Brecht beauftragt worden.

Nach einer IL-Meldung wird der neue Minister des Innern Dr. Rosen auf seinem Gesandtenposten im Haag durch den bisherigen Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Hantel ersetzt werden.

Der Kampf um die Einwohnerwehren.

München, 25. Mai. (IL.) Der gestern abend abgehaltene Ministerrat über die Einwohnerwehrfrage hat sich bis in die späten Abendstunden hingezogen und, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ zu berichten wissen, wohl zu Resultaten, aber noch nicht zu endgültigen Beschlüssen geführt. Heute vormittag finden zunächst mit den Parteien Besprechungen statt, auch mit der Reichsregierung wird noch ein Meinungsaustausch gepflogen. Die Erledigung und Lösung der ganzen Angelegenheit ist in den allerersten Tagen zu erwarten.

In Uebereinstimmung mit den eigenen Informationen aus zuverlässiger Quelle berichtet die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, daß man in Regierungskreisen das feste Vertrauen habe, daß in der Einwohnerwehrfrage im Einvernehmen mit der Reichsregierung eine Lösung gefunden wird, die der gegenwärtigen Lage und den Interessen des Landes gerecht wird. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ teilt mit, daß die Forderung der Ministerratssitzung schon für Freitag in Aussicht genommen ist.

England mahnt Rahr.

London, 24. Mai. (WTB.) Dem Reuterschen Bureau wird mitgeteilt: Obwohl Deutschlands Antwort bezüglich der Ausführung der Einzelheiten der Entwaffnungsvorschläge erst am 31. Mai fällig ist, kann doch nicht stark genug betont werden, daß eine Verzögerung seitens der bayerischen Regierung in der Ausführung der von der deutschen Regierung in dieser Hinsicht übernommenen Verpflichtungen von der britischen und den anderen alliierten Regierungen nicht geduldet werden wird.

Der Antrag des Staatsanwalts.

Wie WTB. meldet, beantragte der Staatsanwalt im ersten Kriegsverbrecherprozeß vor dem Reichsgericht Leipzig gegen den Angeklagten Heynen eine Gesamtstrafe von 2 Jahren Gefängnis. Das Urteil ist in den Nachmittagsstunden zu erwarten.

Die amerikanische Friedensresolution soll einer Timesmeldung zufolge vom Repräsentantenhaus bis zum Juni verschleppt werden, so daß sie wohl kaum vor dem 1. Juli zur Unterfertigung bereit sein dürfte.

Sowjetgewalt gegen Sowjetrecht

Die Bolschewikenherrschaft in Georgien.

Die bolschewistische Gewalt ist in Georgien, wie aus den in Tiflis erscheinenden russischen kommunistischen Regierungsblättern ersichtlich ist, auf folgende Art organisiert:

Die Bolschewikenregierung Georgiens, die sich anfangs Revolutionäres Komitee („Rekom“) nannte und sich jetzt „Rat der Volkskommissare Georgiens“ nennt, wurde bereits am 21. Februar gebildet und bestand sich im Gefolge der 11. Roten Armee, die von Moskau auf Georgien geworfen wurde. Die Bildung dieses „Kabinetts“ mit Aufzählung der Namen seiner Mitglieder wurde durch Flugblätter der Bevölkerung bekanntgegeben. Von der konstituierenden Versammlung Georgiens wurde am 23. Februar in Tiflis darüber eine Entschließung gefaßt, in der die Mitglieder des „Rekom“ einstimmig als Landesverräter und Feinde des georgischen Volkes erklärt wurden.

Nach der Niederlage der georgischen Truppen und der Befehle des Landes durch die russischen Roten Armeen erklärten sich diese Herren als Träger der Staatsgewalt und schalteten sich an, einen Regierungsapparat zu bilden.

Der erste Schritt war die Auflösung aller vom Volk gewählten Institutionen: die Stadtverwaltungen, die Semstvos, der Tifliser Arbeiterdelegiertenrat, die Gewerkschaften — kurz, alles, was durch freie Willensäußerung der Bevölkerung und der Arbeiterklasse in aufopferungsvoller langjähriger zäher Arbeit zustande gekommen war, wurde zerschmettert. Die Tifliser Stadtverwaltung mit dem Magistrat wurde durch ein von der Sowjetregierung ernanntes Städtisches Revolutionäres Komitee ersetzt; die Semstvos durch „Revolutionäre Kreiskomitees“; von diesen Reksoms wurden unzählige „Abteilungen“, „Unterabteilungen“, „Kommissionen“, „Sonderkommissionen“ u. dgl. gebildet. Die Zentralgewalt liegt in den Händen des „Georgischen Rekom“, das der 11. russischen Armee untersteht; an der Spitze dieser Armee steht General Geller (oder Heller), dem unmittelbar Trotsky seine Befehle erteilt. Eine besondere Aufmerksamkeit wird auf die Organisation von Außerordentlichen Kommissionen gerichtet. An die Spitze dieser Kommissionen wurden Leute gestellt, die sich in ganz Rußland durch unermessliche Grausamkeit „berühmt“ gemacht haben. So z. B. steht an der Spitze der Außerordentlichen Kommission („Tschreswitschjaka“) in Batum der frühere Odesaer Henker S a d h a j a; Chef der zentralen Tschreswitschjaka ist Zingadse, der Henker von Wladikawkas.

Das Rätesystem ist verboten. Es gibt weder Arbeiter- noch Bauernräte, und diese dürfen nicht gewählt werden. Bei Neuwahlen von Gewerkschaftsvorständen wurden nämlich ausschließlich Sozialdemokraten gewählt, die Kommunisten erlitten bei allen Wahlen eine erbärmliche Niederlage. Die georgischen Arbeiter und Bauern wurden daher insgesamt für „politisch unzuverlässig“ erklärt, und der georgischen „Räteregierung“ blieb nichts anderes übrig, als das Rätesystem abzuschaffen.

Da die Bauern nach wie vor keine Lebensmittel abliefern, unternahm der Vorstehende der „Regierung“ Macharadse (ein kommunistischer Wanderredner minderwertiger Qualität) eine Agitationstour über die ländlichen Bezirke. In den von den Roten Truppen stark besetzten Gebieten wurde er von den Bauern mit eifriger Rasse empfangen. Aus naheliegenden Gründen hüteten sich aber die Zuhörer, gegen ihn das Wort zu ergreifen. In unbesetzten Gebieten traten die Bauern in offener Feindschaft gegen ihn auf. Aus Rache befahl Macharadse, alle namhaften Sozialdemokraten des Landes sofort zu verhaften. Den Mitgliedern des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei gelang es noch rechtzeitig, vom Befehl Kenntnis zu erhalten und sich zu retten; sie leben heute alle illegal. Verhaftet wurden in Tiflis, Kutais, Batum, Sukhum und Poti allein über tausend Sozialdemokraten. Sehr zuvorkommend werden von Herrn Macharadse die alten reaktionären russischen Offiziere behandelt. Einem dieser Herren, mit sehr obskurer Vergangenheit, der während des Krieges nach der Türkei geflüchtet war und dort eine kaukasische Legion gebildet hatte, die auf türkischer Seite mitkämpfte sollte, wurde ein Brigadierposten vorgeschlagen.

Die amtliche Sprache der georgischen Sowjetbehörden ist die russische, mit Ausnahme des Kommissariats für Volksbildung, wo noch die georgische Sprache vorherrscht. Die Städte sind mit Militär überfüllt. In Tiflis reichten für die Besatzungstruppen die alten Kasernen nicht aus und es wurde daher für die Soldaten eine Reihe privater Häuser requiriert. Man zählt insgesamt im Lande über 100 000 russische Soldaten.

Im Lande ist alles militarisiert. Eisenbahn, Telegraph und Telefon dürfen von Privaten nicht benützt werden; nur in Ausnahmefällen wird Privaten die Benützung der Eisenbahn gestattet.

Auf Versammlungen und Meetings dürfen nur Mitglieder der kommunistischen Partei das Wort ergreifen. Von den politischen Parteien des Landes hat sich den Kommunisten nur eine winzige Gruppe der „Föderalisten“ (eine Art chauvinistischer Nationalsozialisten ohne jeglichen Anhang) angeschlossen; alle übrigen Strömungen verhalten sich schroff ablehnend.

In ihren Kundgebungen an das internationale Proletariat spricht die georgische Räteregierung im Namen der georgischen Arbeiter- und Bauernräte. Wie bereits erwähnt, existieren keine Räte in Georgien. Es herrscht dort eine gänzlich unverhüllte russische Militärdiktatur; alles geschieht auf direkten Befehl aus Moskau. Die Stimmung der Volksmassen ist äußerst deprimiert. Vieles erinnert an die Zustände von 1906, als die Strafexpeditionen des berühmten zarischen Henkergenerals Michanow sengend und mordend das Land durchzogen.

Und dieser nackte imperialistische Raubzug wird von den Pressebedienten der „Koska“, des „Kown Mir“ usw. als „Sieg des Proletariats“ dargestellt!

Heuchlerische Entrüstung.

Der „Nationalverband deutscher Offiziere“, der „Verband nationalgefühnter Soldaten“ und der „Deutsche Offiziersbund“ haben an die deutsche Regierung ein Schreiben gerichtet, das heute morgen von der gesamten Reichspresse mit Benutzung abgedruckt wird. Es wird darin der Protest der unterzeichneten Verbände ausgesprochen, daß die Regierung in ihrer Antwort auf die Interalliierte Militärkontrollkommission auf deren Note vom 14. Mai d. J. von der Unterdrückung des Freikorpsunwesens gesprochen habe. Weiter heißt es:

Die jetzige deutsche Regierung ist aus denselben Parteien gebildet worden wie die seinerzeit aus der Nationalversammlung hervorgegangene Regierung. Diese Regierung war die Nachfolgerin der sozialistischen Volksbeauftragten. Beide hatten im Winter 1918 zur Bildung von Freiwillingenformationen ausgerufen. Diese Freikorps haben nicht nur bis in das Jahr 1920 hinein die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechterhalten (s. Kapp-Putsch, Die Red.), sie bildeten nicht nur den Stamm für die vorläufige Reichswehr und das jetzige Reichsheer, sie haben auch die Regierung geschützt und ganz allein sie waren es, die es der Regierung ermöglichten, ihre Macht auszuüben. Es muß daher auf das allerentschiedenste zurückgewiesen werden, daß eine deutsche Regierung jetzt und dazu noch in einer Note an unsere Feinde von einem Freikorpsunwesen spricht.

Wenn man diesen Protest liest, so möchte man den unterzeichneten Offizieren und „nationalen“ Soldaten den Rat erteilen, sich lieber nicht mit politischen Dingen zu befassen. Bekanntlich ist die jetzige Regierung die Nachfolgerin des Fehrenbach-Simons-Kabinetts, das an seiner jedes inneren Haltes entbehrende Politik zugrunde ging. Es ist also zunächst eine geschichtliche Fälschung, die Regierung Birch-Bauer als Nachfolgerin der Regierung aus der Zeit der Nationalversammlung zu bezeichnen. Ferner überläßt das Protestschreiben gänzlich die völlig geänderten Verhältnisse, die in der ersten Zeit der Revolution im Vergleich zu heute herrschten. Die nationalen Verbände sind im Irrtum, wenn sie sich als Geister, die man rief, bezeichnen zu können glauben. Durch die Schaffung der Reichswehr ist eine verfassungsrechtlich militärische Formation gegründet worden, durch die alle übrigen Truppenorganisationen überflüssig gemacht wurden. Wenn die Regierung in ihrer Note von einem Freikorpsunwesen spricht, so hat sie sich hierbei außer ordentlich milde ausgedrückt; sie hätte in nahegelegener Erinnerung an die Baltikumer und sonstige Helden mit gleichem Recht auch von Freischärlern und Räuberbanden sprechen können.

Uebrigens noch eine Bemerkung: Die Erklärung ist nicht nur unterzeichnet von den beiden sattem bekannten nationalsozialistischen Verbänden, sondern auch vom Deutschen Offi-

ziersbund, dem der Reichswehrminister bisher eine Vorzugsstellung in der Reichswehr eingeräumt hat. Während verfassungstreue Verbände, die die Regierung unterstützen wollen, wie die Offiziersvereinigung der Republik und der Republikanische Führerbund in der Reichswehr verboten wurden, ist der Deutsche Offiziersbund als „gänzlich unpolitisch“ erlaubt worden. Herr Geßler erntet jetzt die Früchte dieser unterschiedlichen Behandlung, indem der Deutsche Offiziersbund die Regierung beschimpft. Natürlich zur Erhöhung und Festigung der Disziplin!

In bemerkenswertem Gegensatz zu diesem anmaßenden Schriftstück stehen Ausführungen, die in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ von einer Seite gemacht werden, die das Blatt als „besonders beachtenswert“ bezeichnet. Hier heißt es:

Tausende von jungen Leuten sind nach Oberschlesien geströmt, um dort bedrohtes deutsches Land zu schützen. Niemand bezweifelt ihre gute Absicht, und man versteht ihre patriotischen Gefühle. Die wenigsten wissen aber, daß die Politik nur fähig und nützlich ist, wenn sie die Probleme der Oberschlesien heute zu einer hochpolitischen, weit über die Grenzen Deutschlands hinausragenden Frage geworden ist.

Es kann gar nicht ernst genug davor gewarnt werden, hier die nützlichsten Ermordungen der Politik durch Gefühle erziehen zu wollen. Die Folgen können verhängnisvoll werden. Die deutsche Rechtslage ist in Oberschlesien für uns günstig. Daß das Recht auf unserer Seite steht, das weiß in aller Welt jeder, der sich das Gefühl für Recht und Gerechtigkeit bewahrt hat, und alle Versuche der Franzosen, insbesondere des Herrn Briand, die Rechtslage zu verdunkeln und zu verwirren, müssen vergeblich bleiben.

Weiter wird in dem Artikel darauf hingewiesen, daß Polen und Frankreich auf dem Vormarsch deutscher Freiwilliger nur warten. Die Frage, ob es klug sei, zu tun, was die Gegner wollen, wird in folgender Weise beantwortet:

Dreierlei spricht dagegen. Zum ersten: die außenpolitische Lage, in der wir zurzeit, wie erwähnt, eine unannehmliche Rechtsstellung haben. Sie darf uns durch Kurzsichtigkeit und aufwallende Gefühle nicht wieder verloren gehen. Zum zweiten: die innenpolitische Lage. Der Geist der Freikorps verbietet nach bisheriger Erfahrung nicht jenes hohe Maß von Disziplin, das in der heftigen Lage erste Voraussetzung wäre. Bereits geschehene Übergriffe gefährden die deutsche Innenfront und verschärfen den häßlichen Kampf der politischen Parteien; dieser raubt uns wiederum unsere Geschlossenheit nach außen. Die Kommunisten suchen — zum dritten — die Unvorsichtigkeit und disziplinierter Freikorps, um die Arbeiter gegen diese aufzuheben; sie suchen in die Reihen der Freikorps selbst ihre Gewährleute hineinzubringen und durch provokatorische Handlungen die Erregung gegen die Freikorps zu steigern. Schon wurde Radek in Breslau gesehen, ein Beweis, daß die Kommunisten Morgenluft mitlernen!

Bis auf den dritten Punkt, der reichlich nach „Bolschewisten-schred“ aussieht, kann man diesen Ausführungen nur zustimmen, wobei besonders bemerkenswert der — wenn auch vorsichtig verfaßte — Hinweis auf die mangelnde Disziplin der Freikorps ist.

Der Artikel schließt mit der Warnung vor einem zweiten Baltikum-Abenteuer und mit dem Hinweis, daß es nicht unsere Aufgabe sein dürfte, zum Vorteile Frankreichs Fehler zu begehen, die uns letzten Endes zum Verhängnis werden müssen.

Verfahren gegen Sklarz eingestellt.

In der „Deutschen Zeitung“ finden wir an ziemlich verstreuter Stelle folgende Erklärung:

„In verschiedenen Nummern der „Deutschen Zeitung“ sind im Vertrauen auf sonst zuverlässige Gewährsleute Herrn Georg Sklarz verschiedene strafbare Handlungen vorgeworfen worden. In dem von Herrn Sklarz gegen unsern Redakteur angestregten Privatklagenverfahren hat der Herr Vorsitzende ein amtliches Schreiben des Generalstaatsanwalts des Landgerichts Berlin I mitgeteilt, aus dem sich ergibt, daß die Verfahren gegen Herrn Georg Sklarz eingeleiteten Ermittlungsverfahren ein guter schlen. Aber die Hennen: Die triffen und drochen und korrekt, präzise, sachlich, teils verworren und widerspruchsvoll breit von diesem Hiebe und jenem Stoß erzählt, überflüssig mich doch ein Gefühl der Genugtuung. Gerade weil die Schikanen des Hennen, verglichen mit den Grausamkeiten des Krieges überhaupt, so belanglos und nichtig sind, war es eigenartig, sie hier dargestellt zu sehen. Man denke: vor 4 bis 5 Jahren einmal schubste Hennen den Lomung soundso eine Kellertreppe hinunter, dachte sich nicht viel dabei, hielt Rohheit für Soldatenpflicht — heute muß er sich in Gegenwart von Vertretern aus aller Welt wegen dieses Schubes verantworten. Ob das nicht erzieherisch wirkt?

„Kriegsverbrecher“? Ach nein: bitte, ohne Gänsefüßchen: Kriegsverbrecher. Auch die Hennen. Nicht nur die großen Verwüster verdienen so genannt zu werden. Die in einem gewissen Sinne sogar noch weniger als diese kleinen Rohlinge. Die Großen, die Anordner, hatten wenigstens noch einen Wahn: sie glaubten durch Brunnenvergiftung, Baumcausätzung, Hospitalsschiffversenkung, Bergwerksvergiftung in einem Sinne zu wirken, der ihnen ein guter schien. Aber die Hennen? Die triffen und drochen und wechten mit dem Besen aus reiner Brutalität. Die Gemeinheiten, die sie auf dem Egerplatz lernten, mögen sie erst zur Ausübung eigener Gemeinheiten angestoppt haben. Schön. Daß sie sich anspornen ließen, ist ihre Schuld.

Die Richter von Leipzig demütigen nicht ihr Vaterland, sie erheben es, wenn sie strenge Justiz nicht nur an den großen Verbrechern des Militarismus, sondern auch an deren gelehrigen Kreaturen üben.

In der Nürnberger Meisterfinger-Kirche. Der Nürnberger Stadtrat hat jetzt beschlossen, die alte, seit 1763 profanierte Katharinenkirche, die im Kriege als Getreidelager diente, mit einem Aufwand von über einer halben Million zu einem städtischen Konzert- und Vortragshaus umzubauen. Sie soll schon im kommenden Winter fertig sein. Eine Musikprobe ergab ein gutes Resultat, der Philharmonische Verein begann hier sein Programm mit dem Meisterfinger-Vorpiel — der erste Akt von Wagners Werk spielt ja in dieser Kirche. Denn hier haben die Meisterfinger ihre Singhufe gehalten, bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts hinein tagten sie da, so wie es Wagner in jenem Akt auf Grund der Erzählung des Kunsthistorikers August Hagen dargestellt hat. Hagens einst weitverbreitete „Korika“, Nürnbergerische Novellen aus alter Zeit, 1829 zuerst erschienen (jetzt bei Reclam), sind heute fast vergessen, aber für Freunde kulturgeschichtlicher Schriftstellerei immer noch eine hübsche Lektüre. In einem Hauptpunkt allerdings irrt Hagen, wenn er seine Meisterfinger in der Katharinenkirche vor Kaiser Maximilian ihre Singhufe abholten läßt. Die „Reichshaber des Meistergelanges“ tagten zur Zeit des Hans Sachs nicht in der Katharinen-, sondern in der kleineren Martha-Kirche, die der heute Nürnberg vom Hauptbahnhof her Betretende hinter dem Tor gleich zur Linken liegen sieht. Erst 1820 schlugen die Meisterfinger in der Katharinenkirche ihren Sitz auf.

eingestellt worden sind. Mit Rücksicht hierauf sollen die Behauptungen gegen Herrn Georg Sklarz nicht mehr aufrecht erhalten werden.“

Hieraus ergibt sich, daß das Verfahren gegen Sklarz, durch das zum mindesten die Sozialdemokratie, wenn nicht die ganze Republik zusammenbrechen sollte, lang- und klanglos eingestellt ist. Dabei war dieses Verfahren von einem Staatsanwalt geführt worden, dem auch sein größter Feind keine Sympathien für die Republik oder für Herrn Sklarz nachsagen kann. Sklarz hat sich mehrfach über den Staatsanwalt Gutjahr beschwert, und im preußischen Landtag ist von sozialdemokratischer Seite gegen Herrn Gutjahr der Verdacht ausgesprochen, daß er den Abschluß der Untersuchung, die nichts positiv Belastendes ergeben habe, nur deswegen so lange hinauszögere, damit die reaktionären Parteien noch recht lange mit dem „Fall Sklarz“ treiben könnten. Ob das zutrifft, wissen wir nicht, aber jedenfalls wissen wir, daß Herr Staatsanwalt Gutjahr gegen den Verdacht gefeit ist, das Verfahren etwa zugunsten Sklarz' geführt zu haben.

Trotzdem hat er es einstellen müssen. Und damit hat der Riesenrummel sein charakteristisches Ende erreicht. Schon im Sonnenschein-Prozess wurde festgestellt, daß die Kronzeugen der Reaktion eine Bande von Dieben und Betrügnern war, die hinter der Gaswolke des Korruptionsgeschreies Millionenunterschieße in Sicherheit bringen wollten.

Nun bricht die letzte Stütze zusammen. Die „Deutsche Zeitung“ nimmt die und wehmütig alle Anschuldigungen zurück. Ebenso klein und unauffällig, wie sie vorher riesengroß mit fetten Ueber-schriften verkündet hat. Die übrige Reichspresse wird es akkurat machen, falls sie überhaupt die Einstellung des Verfahrens meldet. Und wenn man darüber selbst drei Zeilen bringen muß, was tut? Achzehn Monate oder darüber hat der Fall Sklarz als Vorspann eines unerhörten Verleumdungs-feldzuges gegen die Sozialdemokratie seinen Zweck erfüllt. Die drei Zeilen Wahrheit werden nicht den Eindruck auslösen, den 30 000 Verleumdungszeilen in die Herzen der Leser geprägt haben. Es war ein lieber Schwindel, ein braver Schwindel, ein Schwindel, der anderthalb Jahre nicht nur seinen Mann, sondern die Gesamtheit der „Patrioten“ ernährt hat. Jetzt ist er endlich gestorben. Aber man wird sich einen neuen ausdenken, und wenn der nur halb so lange reicht, wie der Fall Sklarz, dann ist das geistige Waffenarsenal der Nationalen gefüllt. Und fängt der neue Schwindel an zu sinken, läßt man Herrn Helfferich mal wieder vom „blauen Schild“ der Nationalen reden.

Angehaltene Orgefahrtransporte.

Vom Hauptbetriebsrat der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden erhalten wir neue Nachrichten, aus denen hervorgeht, daß die Durchfahrt von Orgefahrzügen durch Dresden jetzt ziemlich regelmäßig vereilt wird. Am Montag nachmittag sollte ein von der Dresdener Werbezentrale zusammenge-stellter Transport abgehen. (Transportführer v. Arnsdorf.) Er wurde aber durch die Polizei aufgehalten. Es stellte sich heraus, daß die Leute unter lägenhaften Versprechungen angeworben waren und nach Aufklärung froh waren, wieder nach Hause gehen zu können.

Am Dienstag früh kam mit dem Zug D. 101 München-Breslau wieder ein Transport von etwa 60 Mann aus München an. Die Reise ging auf Blaufaschinen vor sich, in den D-Zugwagen (nicht im Padwagen) wurden auffällige Risten mitgeführt. Der Transport wurde angehalten. Der Transportführer drohte anfangs, die Weiterfahrt mit Gewalt zu erzwingen, nahm aber dann Abstand, als ihm erklärt wurde, daß der Gewalt alsdann Gewalt entgegengesetzt würde. Trotzdem führen etwa 10 Mann, die sich Einzelschickarten bis Breslau lösten, weiter. Bekanntlich hat die sächsische Regierung einen Erlaß herausgegeben, daß geschlossene Formationen nicht zu transportieren sind. Dies wird von einzelnen Leuten der Formation durchkreuzt, indem sie sich ab Dresden Einzelschickarten lösen.

Malglöckchenkulturen. Das Malglöckchen ist im Lauf der letzten drei Jahrzehnte zu einer so begehrten Handelsware geworden, daß sich die Gärtnerei mit seiner Züchtung befaßt. So haben sich in gewissen Städten Malglöckchenkulturen größten Umfangs entwickelt, sogenannten Malglöckchenzüchtern. Es besteht eine Vereinigung deutscher Malglöckchenzüchter; auch ein Verein deutscher Malglöckchenexporteure wurde gegründet, gingen doch deutsche Malglöckchenkeime vor dem Kriege in großen Mengen nach England, Rußland, nach den Vereinigten Staaten usw. So bildet die Malglöckchenzüchter einen Haupterwerbszweig der märkischen Stadt Drossen; bis 1914 gingen jährlich für über 300 000 M. Malglöckchenkeime ins Ausland. Der wöchentliche Versand von Malglöckchenkeimen, der stets im Herbst erfolgt, belief sich in Drossen 1913 auf rund 100 000 M. In den Niederlanden bei Hamburg wurde die Malglöckchenzüchterei anfangs der 60er Jahre zunächst in bescheidenem Umfang aufgenommen. Sie erries sich als so rentabel, daß sie sogar den allberühmten Niederländer Gemüsebau zurückdrängte und die Niederländer Gemüsezüchter nach Hamburg bedeutend zurückgingen. Auch in Wittenberg werden Malglöckchenkeime in großem Umfang, vorzugsweise in der Schloß-vorstadt, kultiviert. Neben Herbst gehen Malglöckchenkeime in ungeheuren Massen in die Ferne. Die Wittenberger Stadtbäder sind soeben auf den rentablen Einsatz gekommen, diesen „duftenden“ Erwerbszweig zu befeuern und auf je 1000 Keime eine kommunale Abgabe zu erheben. Große Malglöckchenzüchtereien befinden sich ferner in der alten Markgrafenstadt Schwedt a. d. Oder, die auch Egerkel und Tabak in großem Umfang baut, ferner in Brandenburg a. d. Havel. Berlin ist Hauptabnehmer dieser Kulturen.

Schielflanänderung. Die im neuen Volkstheater für Freitag angelegte Erstaufführung „Die St. Jakobskirche“ ist auf Dienstag, 31. Mai, verschoben.

Heber das Weien des Expremonismus. Dr. Ernst Dr. Schittowski Donnerstag 7 Uhr in der Arbeiterkulturschule Petersburger Straße 32.

Die Stelenmark. Moslegers Heimal, ein Gebiet, überreich an Naturschönheiten, wird in der Ukraine am Sonnabend zum erstenmal vor-gestellt. Der Vortragende, Wilhelm Marx, wird über 100 an Ort und Stelle aufgenommener Lichtbilder zeigen.

Eine Festschrift der Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften ist anlässlich ihres 10jährigen Bestehens von ihren Instituten herausgegeben worden (Verlag Julius Springer). Sie enthält mellenlich naturwissenschaftliche Beiträge (darunter von Adershausen, Correns, Einstein, Franz Küster, Haber, Rubner). Die Gesellschaftswissenschaften sind vertreten durch Beiträge von Baillet und Granier über König Wilhelm I. und den Brandtner Rüstentag sowie Wilhelm I. in Gm und vor Sedan, die seine Befehle und Aufzeichnungen bezeugen.

Kloster Oberbach in Gefahr. Eine für die alle deutsche Kunst betrübliche Nachricht kommt aus dem Thüringen. Ein der schönsten unserer mittelalterlichen Klöster, die ehemalige Zisterzienser-Abtei Oberbach soll in ihrem Bestand durch die Veräußerung von Grundbesitzungen gefährdet werden. Der preussische Konservator der Kunstdenkmäler hat bereits Schritte unternommen, um eine Schenkung zu verhindern.

Direktor Gustav Amberg, ein bekannter amerikanischer Bahnenleiter der Schubert-Compagny, ist am Sonntag gestorben.

Der erste Fall.

Von Hans Bauer.

Der Kaiser Hennen aus Barmen hätte das gewiß noch vor drei Jahren niemals für möglich gehalten, daß sein Name einmal nicht nur durch sämtliche Tageszeitungen Deutschlands, sondern auch durch alle belangreichen der ganzen Welt geht, daß englische Unterhausmitglieder und sogar ein leibhafter englischer Generalstaatsanwalt ihm Stunden, ja tagelang gegenüberstehen und daß er sich vor seinen ehemaligen Gefangenen einmal zu verantworten haben werde.

Daß es geschieht, ist höchstens deshalb ungerecht, weil bei uns und jenseits der Grenzen Schlimmere existieren, die nicht auch ein Kläger vor den Richter schleift, und höchstens deshalb unbillig, weil es erst des Druckes der Entente bedurfte, um wenigstens einige der Neben vor die Schranken zu stellen.

Der große Sitzungssaal des Reichsgerichts, in dem gegen die Kriegsbefehlshaber verhandelt wird, fällt durch zweierlei unangenehm aus: durch eine schlechte Akustik und durch zwei hohe Bilder, über wie die Zeugen nacheinander aufmarschierten und „eis Könige darstellen. Säckelirrend thronen diese wie Schutzgeister über den Eingangsporten. Die Tische der Ententevertreter sind aufmerksamerweise so gestellt, daß die Herren aus London und Paris direkte Aussicht auf die Erzherzher haben. Es ist schließlich nicht schlimm, daß trotz einer Revolution, die wir doch immerhin hatten, an einem so exponierten Orte ausgerechnet zwei Königs-porträts den einzigen Bildschmuck darstellen und hoffentlich nicht symbolisch gemeint sind für den Geist, der hier herrschen soll. Unter dem wilhelminischen System hätte man kaum durch das Bildnis Bebel's die Verhandlungsfälle gemildert. . . .

Hennen ist kein Kriegsverbrecher im üblichen Sinne. Nicht einer, der mit dem Leben von Millionen leichtfertig spielte. Nur ein kleiner Schubad, der schlug und stieß und schimpfte. Er scheint nicht unintelligent zu sein. Er weiß die Sätze gut zu fügen und hat vor den Richtern Courage. Zuweilen aber, wenn ein englischer Zeuge abtritt, wirft er dem einen Blick nach — einen Blick, den wir kennen. So tasteten die Ausbildungsunteroffiziere mit den Augen die Rekruten danach ab, ob die Knöpfe spiegelblank waren. Als ein englischer Zeuge ausgelagt hatte, daß er von Hennen eines Morgens mit dem Besen geschlagen worden sei, entgegnete der entrüstet, er habe den Zeugen nicht mit dem Besen geschlagen, sondern ihn nur mit dem Besen gewedt. Der Präsident machte darauf aufmerksam, daß ein Besen kein geeignetes Werkzeug sei. Hennen zuckte fragend die Achsel. Auf diesen Einwand schien er nicht gefaßt gewesen zu sein. . . . So ist Hennen.

Gewiß: eines weckenden Besens und dieses und jenes wegen brauchte die Entente nicht das Augenmerk der Welt auf einen subalternen Beamten des alten deutschen Militarismus zu lenken.

Die sozialistischen Parteien Sachsens erlassen in Gemeinschaft mit der Bezirksleitung des Eisenbahnerverbandes und den Hauptbetriebsräten der Eisenbahn-Generaldirektion Dresden einen Aufruf, die Eisenbahnbetriebsräte auf das fassfähigste zu unterrichten, wenn diese verschleierte Organe transportieren ausüben. Es dürfen keine Vorbereitungen gebildet werden, die zu einem neuen Balkenabenteuer und Kapp-Putsch führen müssen.

Gegen den Verfolgungswahn.

Paris, 25. Mai. (B.Z.) Die gestrige Rede des Ministerpräsidenten findet im allgemeinen Zustimmung. „Matin“ sagt, Briand habe sich über die äußere Politik im ganzen ausgesprochen, vor allem aber über die Londoner Konferenz, von der er glaube, daß sie solide Ergebnisse gezeitigt habe. Er habe aber auch die Politik auseinandergesetzt, die er verfolgen werde, solange er an der Spitze der Regierung stehe, eine Politik der Festigkeit, aber auch eine Politik der Einigkeit mit den Alliierten. Briand habe laut und vernünftig gesprochen und seine Sprache sei nicht nur für die Kammer bestimmt gewesen, er habe auf die Worte hingewiesen, die von einer anderen Tribüne her gesprochen worden seien und die gewisse Richtigstellungen verlangten, er habe sie gebracht.

„Echo de Paris“ schreibt, so vollständig auch die Erklärungen Briands gewesen seien, so hätten sie doch nicht das Ergebnis, die Abstimmung zu beschleunigen. Es wären vielmehr noch zwei Sitzungen nötig, um mit der Debatte zu Ende zu kommen.

Das „Journal“ nennt die gestrige Sitzung eine erregende Sitzung angesichts einer misstrauischen, wenn nicht findigen Mehrheit. Briand habe den Abgeordneten auseinandergesetzt, aus welchen höheren Gründen das Ruhrgebiet nicht besetzt worden sei. Das sei eine schwierige Aufgabe gewesen. Nicht durch Redefähigkeit habe der Ministerpräsident die Versammlung überzeugen können. Er habe sich an die Vernunft der Abgeordneten gewandt und sie durch eine solide Beweisführung dahin geführt, woher er sie habe führen wollen: ihm zuzustimmen.

„Petit Parisien“ vertritt den Standpunkt, Briand habe gestern in seiner zweistündigen Rede nichts im Schatten gelassen, weder was das oberste Problem anbetrifft, noch die bedeutenden Fragen, die durch das Abkommen von London und die Entscheidungen der Reparationskommission gestellt waren. Er habe den Wortlaut der Entscheidungen mitgeteilt, die in London getroffen worden seien, um dem Frieden von Versailles seine Wirksamkeit zu geben und um Frankreich die Zahlung seiner Schuld sicherzustellen. Er habe ferner die vollständige Unabhängigkeit der souveränen Entscheidungen der Reparationskommission proklamiert und er habe endlich die Kammer vor die Frage gestellt, zu wählen zwischen der Politik des Bruches und der Politik der Einheit mit den Alliierten. Der letztere bleibe es ergeben, denn nur durch sie sei der Friedensvertrag von Versailles etwas wert.

Leon Blum erklärt im „Populaire“, Briand habe sich entschlossen gegen die reaktionären Untertreibungen und gegen Poincaristische Angriffe gewandt. Offensichtlich habe er verstanden, daß er das erste Opfer der Torheiten werden würde, zu deren Entseffung er viel beigetragen habe. Briand habe die Ereignisse in Oberschlesien auf ihre wirkliche Bedeutung zurückgeführt. Er habe den guten Willen und den guten Glauben des deutschen Ministeriums verkündet, er habe seinen Entschluß dahin formuliert, daß er nicht nur auf den Geisteszustand der Verbündeten Frankreichs, sondern auch auf die Meinung der Welt Rücksicht nehmen werde, von der er erklärt habe, daß sie gut sein soll für Frankreich. Endlich aber auch habe er die Leute verleugnet, die um jeden Preis militärische Okkupation verlangen.

Im „Gaulois“ erklärt Capus, es blieben Frankreich noch andere Mittel als das der Gewalt oder der Vergewaltigung. Man könne nicht eine Politik auf Verfolgungswahn aufbauen.

Befriedigung in England.

London, 25. Mai. (B.Z.) Die Rede Briands in der Kammer findet in der englischen Presse Zustimmung.

„Daily News“ schreibt, die Rede bedeute nicht nur eine Entscheidung zur Besserung mit Bezug auf das oberste Problem und so gut wie die Verzichtsleistung auf die Besetzung, sondern auch einen Schritt vorwärts zu einem Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn Briand den Mut habe, fest auf seiner neuen Stellungnahme zu verharren, dann würde er etwas getan haben, was ihn sofort zu einem erfolgreichen Politiker und zu einem Staatsmann erhebe.

„Daily Telegraph“ weist darauf hin, daß Briand gestern einer unruhigen und argwöhnischen Kammer gegenüberstand und daß es seine ganze Kunst und Geschicklichkeit erforderte, um mit der Frage fertigzuwerden. Die Erklärung Briands, daß er sich — was die Notwendigkeit der Erfüllung des Friedensvertrages bei der Regelung der oberste Problem angeht — in voller Übereinstimmung mit Lloyd George befindet, wird „Daily Telegraph“ zufolge mit tiefer Befriedigung aufgenommen. Das Blatt schreibt, es sei klar, daß Oberschlesien geteilt werden müsse, und es sei absurd, anzunehmen, daß Verwirrung entstehen müsse, weil eine gerechte Teilung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und ethnographischen Bedingungen nicht erfolgen könne. Während der letzten zwei Jahre seien schwierigere und heftigere Probleme gelöst worden.

„Times“ sagt, die Rede Briands habe dem französischen Premierminister eine Mehrheit in der Kammer gesichert. Zu der Erklärung Briands, daß die Aufrechterhaltung der Union zwischen Großbritannien und Frankreich die Grundlage seiner Politik sei, schreibt „Times“, zu dieser Politik werde das englische Volk ebenso treu stehen. Das einzige, was sein festes Vertrauen darin fördern könne, werde sein, wenn eins der beiden Länder von dieser Politik absehe in Verfolgung von Zielen und Bestrebungen, die die Vernunft und das moralische Urteil verdammen.

„Daily Chronicle“ schreibt, Briand scheine seine gewohnte Geschicklichkeit bewiesen zu haben. Das Blatt hofft, daß Briand in seinem Widerstand gegen die Mitglieder des Parlaments, die ihn zu einer Besetzung des Ruhrgebiets bewegen wollen, weiterhin fest bleiben werde. Keine Entscheidung könne eine neue Besetzung des Ruhrgebietes übernehmen.

Neue Rede Hardings.

London, 25. Mai. (B.Z.) „Times“ meldet aus New York, daß Präsident Harding in einer Rede unter Bezugnahme auf die während eines Jahrhunderts unternommenen vergeblichen Versuche der Vereinigten Staaten, Vermittlungen in der Welt zu meiden, erklärte: Wir waren niemals in der Lage, und werden niemals in der Lage sein, eine Isolierung aufrechtzuerhalten.

Krafft in Berlin. Wie die P.P.R. hören, ist Krafft in Berlin eingetroffen.

Groß-Berlin

Kinderfahrten aufs Land.

Heute vormittag herrschte auf dem Stettiner Bahnhof ein besonders reges Leben: Der erste Sonderzug mit erholungsbedürftigen Großstadtkindern im Alter von 8 bis 11 Jahren, die, von ihren Angehörigen sorgfältig begleitet, sich zahlreich eingefunden hatten, ging um 9.34 Uhr nach Greifensee ab. Von dort aus werden sie dann um 8 1/2 Uhr abends nach dem Ostseebad Riewahl weiterfahren, wo sie in den von der Stadt Berlin unterhaltenen Pensionen 6 Wochen verpflegt werden sollen. Erwartungsvolle Freude auf allen Gesichtern, viel Aufregung und gute Ratschläge, und als der Zug sich in Bewegung setzte, Abschiedsworte, Tücherschwenken und Winken, bis er verschwunden war.

Der Verein „Landaufenthalt für Stadtkinder“, der 1917 gegründet wurde, hofft in diesem Jahre 120 000 Kinder aus deutschen Städten trotz der schwierigen Verhältnisse auf das Land hinaus senden zu können. Aus Berlin werden etwa 30 000 in Ostpreußen, Pommern und Thüringen untergebracht werden. Der Verein, der die gesamte und sehr umfangreiche Verwaltungsarbeit leistet und dessen Sitz Berlin ist, hat im ganzen Lande Provinzial- und Kreisstellen eingerichtet, die ihn bei seiner Arbeit unterstützen. In jedem Jahr fahren seine Vertrauensleute hinaus, um die Unternehmungskosten sicherzustellen, was durch eine nicht einfache und dabei häufig genug die persönlichen Beziehungen den Ausschlag geben. Diese Vertrauensleute sind die späteren Transportführer und haben die Verantwortung für das Wohlergehen der Kinder zu übernehmen. Die Eltern zahlen für jedes Kind die geringe Summe von 1 bis 2 M. pro Tag, die natürlich nicht ausreicht, um die Kosten zu decken. So beträgt der Pensionspreis in Riewahl für die ganze Aufenthaltsdauer 520 M. einschließlich Aufschlüssen, Fahrgeht, Kur- und Badetage. Es muß übrigens als geradezu unerhört bezeichnet werden, daß die Kurorte in diesen Fällen nicht auf die Kur- und Badetage verzichten.

Die beschafften Stellen reichen selber bei weitem nicht aus, und viele Kinder, welche für den Landaufenthalt vorgemerkt waren, müssen zum Leidwesen ihrer Eltern schweren Herzens daheim bleiben.

Zum Raubmord an dem Landwirt Gröschke.

Wieder ein „Gutsverläufer“ verhaftet.

Der Raubmord, der an dem Landwirt Gröschke im Walde bei Jossen verübt wurde, ist trotz der ausgeföchten Befragung von 2000 M. noch nicht aufgeklärt. Es ist nun aber der Kriminalpolizei gelungen, einen andern „Gutsverläufer“ festzunehmen, der mit dem Mörder des Gröschke, der sich Max Lehmann oder Hans Berg nannte, nicht identisch ist, aber mit diesem in Verbindung gestanden hat. Es handelt sich um den Schankwirt Willi Martens, aus der Brannsberger Straße 21, der gestern verhaftet wurde.

Martens erlief am 16. Februar in der „Morgenpost“ ein Inserat, in dem er sein bei Freienwalde a. d. O. liegendes Grundstück zu dem Preise von 25 000 M. bei einer Anzahlung von 15 000 M. zum Kaufe anbot. Ein Schankwirt aus der Rittergutsstraße in Lichtenberg meldete sich auf diese Anzeige und erhielt nach drei Tagen den Besuch eines Mannes, der sich Willi Winter nannte und behauptete, Besitzer des in Freienwalde zum Verkauf stehenden Anwesens zu sein. Der Wirt war bereit, die Besichtigung zu kaufen und zahlte sofort 5000 M. an, nachdem er den Vorschlag, mit dem „Verläufer“ gemeinschaftlich nach Freienwalde zu fahren, um das Gut zu besichtigen und 15 000 M. mitzubringen, abgelehnt hatte, weil er infolge einer Erkrankung nicht reisefähig war. Nach einigen Tagen stellte sich heraus, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen war. Er nahm jedoch von einer Anzeige Abstand. Als er am 2. Pfingstfeiertage in der Pagenhofer Brauerei in der Lonsberger Allee vier hollen wollte, traf er dort einen Mann, in dem er den angeblichen Gutsverläufer wiedererkannte. Er sagte ihm auf den Kopf zu, daß er der Mörder des Landwirts Gröschke sei, der auf die gleiche Weise herausgelockt und dann ermordet und beraubt worden war. „Winter“ bestritt das zwar entschieden, konnte jedoch nicht leugnen, daß er den Wirt um 5000 M. geprellt hatte. Er zahlte zunächst 3000 M. zurück und wurde dann von der Kriminalpolizei festgenommen und der Frau des ermordeten Gröschke gegenübergestellt, die jedoch erklärte, daß er mit dem Mörder ihres Mannes nicht identisch sei.

Es ist dringend erwünscht, daß Personen, die hierzu Angaben machen können, sich umgehend im Zimmer 103 des Berliner Polizeipräsidiums melden. Der verhaftete Willi Martens gibt an, daß er mit der Ermordung Gröschkes nichts zu tun habe und auch den angeblichen Max Lehmann nicht kenne. Er will den Betrag auf eigene Faust verübt haben, und zwar, nachdem er selbst von einem anderen um 1000 M. geprellt worden sei. Wer aber dieser andere ist, will er nicht wissen. Es unterliegt aber wohl keinem Zweifel, daß Martens, wenn er, wie er dem Schankwirt zeigte, einen ganzen Rucksack voll Bewerbungen um das angezeigte Besitztum erhalten hat, auch mit anderen als dem Schankwirt aus Lichtenberg in Verbindung getreten ist. Auch diese Personen wollen sich umgehend melden.

Zahlungsfähige Wohnungsfucher.

Öffentliche Angebote der Vermietung oder des Kaufes von Wohnungen oder sonstigen der behördlichen Bewirtschaftung unterliegenden Räumen sind seit dem 15. Mai dieses Jahres, dem Tage des Inkrafttretens der für die neue Stadtgemeinde Berlin geltenden Magistratsverordnung zum Schutze der Mieter und über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel nur noch mit Erlaubnis des Wohnungsamtes möglich. Wohlgerne: derartige Angebote, d. h. Inserate, öffentliche Bekanntmachungen und sonstige für einen größeren Personenkreis bestimmte Mitteilungen, sind nicht überhaupt verboten, aber sie bedürfen einer ausdrücklichen Genehmigung. Das gilt auch für möblierte Wohnungen oder Einzelräume, und gerade hier ist die Kontrolle der Angebote besonders nötig, weil in dieser Zeit des Wohnungsmangels hinter so manchem Inserat über Vermietung möblierter Räume sich ein sehr viel weniger ehrliches Geschäft verbirgt. Künftig kann also kein Wohnungsfucher mehr ohne weiteres annonciieren, daß er eine möblierte Wohnung vermieten will, in die sich dann gegen Zahlung eines wohnsinnig hohen Preises ein hinreichend zahlungsfähiger Mieter hineinstecken soll. Es ist aber nur für öffentliche Wohnungsangebote die Erlaubnis des Wohnungsamtes erforderlich, nicht auch für öffentliche Wohnungsangebote. Der schwebende Wohnungvermieter kann nicht mehr uneingeschränkt die zahlungsfähigen Wohnungsfucher durch Inserat anlocken, aber diese können durch Inserat mit ihm in Verbindung kommen. Wir halten für nötig, daß die Wohnungsämter auch auf inserierende Wohnungsfucher achten und Gesuche ungenügender Art genauer befehen. Wahrscheinlich wird man in der nächsten Zeit sehr viel öfter als bisher in den Inseratenpfeilen gewisser Zeitungen allerlei interessante Wohnungsangebote lesen, ähnlich dem folgenden, das am 22. Mai in „Berl. Lokal-Anzeiger“ stand: „Elegant möblierte 4-5-Zimmerwohnung sucht auf längere Zeit vornehmstes kinderloses Ehepaar, erstkl. Referenzen, event. Kautionsstellung, per sofort oder später. Offerten usw.“ Sechs Zimmer für ein kinderloses Ehepaar — ist das nicht ein bißchen reichlich? Ein Parteigenosse, der uns auf dieses Inserat aufmerksam macht, knüpft daran die Vermutung, daß es vielleicht nur als List zur Ermittlung noch ver-

fügbarer Wohnungen dienen soll und — vom Wohnungsamt aufgegeben sei. Der Schalk!

Mit der Zusammenlegung von Straßenbahnlinien soll nunmehr begonnen werden. Anfang Juni soll die Linie E, die von Steglitz, Schloßstraße, bis zur Linkestraße führt, mit der Linie 24, die jetzt die Gröschkestraße mit der Osener Straße im Norden verbindet, verschmolzen werden, wodurch eine direkte Verbindung zwischen Steglitz-Potsdamer Platz-Rosenthal-Waldstraße geschaffen wird. Als zweite Linie wird die Linie K, die jetzt von Lichterfelde-West bis Potsdamer Platz geführt wird, mit der Linie 40 zusammengelegt. Hierdurch würde eine direkte Verbindung zwischen Lichterfelde-West über Potsdamer Platz-Häckerstraße Markt und Schweinmühlener Straße geschaffen werden. Durch die Zusammenlegung dieser Linien hofft die Straßenbahn an Material und Personal Ersparnisse zu erzielen.

In „Moabit“ fast verhungert. Zu der unter dieser Spitzmarke erschienenen Meldung sendet uns der leitende Arzt des Bazar des Moabit-Untersuchungsgefängnisses Dr. Leopold Bürger folgende Zeilen:

„Der des schweren Raubes angeklagte Fabrikant Rudolf Wendland lag zunächst im Zellengefängnis auf der Irrenabteilung, Leichter Straße, und simuliert dort ein Rückenmarksleiden. Auf der Irrenabteilung des Krankenhauses des Untersuchungsgefängnisses, wohin er später verlegt wurde, verweigerte er mit drei Mitgefangenen desselben Krankheitszustand, die er zum Hungerstreik verleitet hatte, vom ersten Tage seiner Aufnahme ab jede Unternehmung und jede Nahrungsaufnahme, um seine Entlassung aus der Untersuchungshaft zu erzwingen. Er mußte deshalb eine zeitlang hindurch mit der Schlundsonde und Klisterern ernährt werden. Hierbei sowohl wie bei den notwendigen Ganzmassagen bedrohte er das Pflegepersonal. Dem Verteidiger, Rechtsanwalt Puppe, war dies alles genau bekannt, er mußte, daß Wendland täglich außer der gewöhnlichen Kost 1 Liter Milch, Reis, Kaffee, Kartoffelpüree, Vitahol als Zulage bekam; er hat also seine Angaben über nicht sachgemäße Ernährung und Verpflegung wider besseres Wissen gemacht. Es ist unverständlich, wie das Gericht und der Staatsanwalt diese Unwahrheiten vorbringen lassen konnten und Wendland aus der Untersuchungshaft entlassen konnten ohne den leitenden Arzt des Krankenhauses zu hören.“

Gegen den 8-Uhr-Häuserstich wendet sich eine Zuschrift, die darauf hinweist, daß jetzt bei dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit mit ihren langen Tagen und schönen Abenden der begreifliche Wunsch nach längerem Offenbleiben der Häuser sich regt. Wir können dem nur beistimmen und wünschen, daß dieses berechtigete Verlangen baldigst erfüllt wird. Viele Häuser werden ja in den Sommermonaten ohnehin weit über 8 Uhr hinaus offen gehalten, aber nötig wäre, daß den Hauswirten eine diesbezügliche Verpflichtung auferlegt würde. Freilich dürfen wir nicht die Schwierigkeit verkennen, die darin liegt, daß sie dann auch verpflichtet wären, bis zum behördlich festgesetzten Zeitpunkt des Häuserstichs die Treppen zu beleuchten. Die Erfüllung des Wunsches nach längerem Offenbleiben der Häuser hängt nicht nur von dem guten Willen der Hauswirte oder von der Einsicht einer anordnenden Polizei ab, sondern vor allem von den Stellen, die über den Verbrauch von Kohle, Gas und Elektrizität entscheiden.

Verkehrsstörungen auf der Untergrund- und Vorortbahn. Am heutigen Mittwochsabend entstand infolge Kurzschlusses auf der Strecke Zoologischer Garten-Potsdamer Platz der Untergrundbahn eine Verkehrsstörung, die nach einer halben Stunde wieder behoben war. Auf der Vorortstrecke Berlin-Groß-Lichterfelde-Öst-Jossen erlitt ebenfalls am Mittwoch die Lokomotive eines der elektrisch betriebenen Züge Defekte, wodurch eine größere Verkehrsstörung entstand. Erst nach über einer Stunde gelang es, den regelmäßigen Verkehr zwischen Berlin-Jossen wieder aufzunehmen.

Die teuren Äpfel. Wenn es gilt, hohe Preise zu nehmen, sind auch die Werderischen Obstzüchter nicht verlegen. Nachdem gestern eine ordentliche Generalversammlung der Werderischen Obstzüchtergenossenschaft stattgefunden hat, in der die Festsetzung der Obstpreise, die Bestimmungen über die erste Fahrt der Obstdampfer nach Berlin beraten worden ist, entsandten die Werderischen Obstzüchter ihre ersten Äpfel nach Potsdam bzw. Berlin. Das Pfund wird mit 8 M. gnädig an die Bevölkerung abgegeben. Nach den hohen Preisen befragt, antworteten die Händler prompt, das zu lange Wähen der Bäume habe eine schwache Ernte hervorgerufen. Ob die Obstbäume länger gedauert hat als sonst, darüber müßten die Berliner eigentlich am besten Auskunft geben können.

Die 10. Hauptversammlung des Vereins gegen das Versteckungswesen findet am 25. Mai nachmittags 3 Uhr in der Handelskammer Berlin statt. Neben aktuellen Fragen über die Korruption werden die Bestimmungen über die Beamtenbefreiung im Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs erörtert.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

8. Abteilung. Heute 7 1/2 Uhr abends: Abteilungssammlung. Rotthausen-Kasse, Rotthausen-Damm 9. Vortrag: Die politische Lage. Referent: Genosse Siering.

Sport.

Demonstration der Arbeiter-Sportler Groß-Berlins.

Vorfeder im Lustgarten.

Am Sonnabend, den 28. Mai, wird der für das gesamte Reich auf Sonntag, den 29. Mai, festgesetzte Reichs-Arbeiter-Sporttag in Groß-Berlin mit einer Kundendemonstration der hiesigen Arbeiter-Sportler im Lustgarten eingeleitet. Alle Mitglieder folgender, dem Kartellverband Groß-Berlin für Sport und Körperpflege angeschlossenen Organisationen, wie Arbeiter-Turn- und Sport-Bund, Fußballer, Reich- und Schwerathleten, Arbeiter-Radfahrer „Solidarität“, Arbeiter-Wassersport-Verband, Touristen-Verein „Die Naturfreunde“, Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“, Arbeiter-Schachspieler, Verband Volksgesundheit, Arbeiter-Samariter-Bund, Bund der Arbeiter-Musikvereine (Bläser, Mandolinisten, Tamboure) und Arbeiter-Theater-Bund werden sich an dieser Demonstration beteiligen.

Freizeit auf sämtlichen Sammelstellen nachmittags 5 Uhr. 1. Friedrichshain (am Märchenbrunnen). 2. Humboldthain (Gustav-Neier-Allee). 3. Kleiner Tiergarten (Stromstraße). 4a. Askaniischer Platz (Möckernstraße). 4b. Belle-Alliance-Platz. (Die Züge 4a und 4b vereinigen sich an der Jerusalemstraße). 5a. Hermannplatz. 5b. Gdrlitzer Bahnhof. (Die Züge 5a und 5b vereinigen sich am Michaelkirchplatz, Engelbecken). 6. Bahnhof Frankfurter Allee. Die Abteilungen der Groß-Berliner Vereine sammeln sich an demjenigen Platz, der ihrem Liebeslokal am nächsten liegt. Die Ortskomitees der Groß-Berliner Vororte begeben sich zweckmäßig geschlossen zu dem für sie am besten erreichbaren Sammelplatz. Es ist selbstverständlich, daß Genossen und Genossinnen in Sportkleidung erscheinen. Die Arbeiter-Musikvereine, insbesondere die Mandolinisten, setzen sich sofort mit ihren Gruppenleitungen in Verbindung zwecks Einteilung in die einzelnen Züge.

Der Aufmarsch dieser Organisationen soll den Gewerkschaften und Arbeiterparteien zeigen, daß hier keine Vereinspieler vorliegen, sondern daß diese Arbeiter-Sport- und Gesellschafts-Organisationen als gleichberechtigte Faktoren in Bezug auf Partei, Gewerkschafts- und Wirtschaftsorganisationen in der Arbeiterbewegung anzusehen sind. Die Demonstration soll unseren noch in bürgerlichen oder so genannten „neutralen“ Vereinen befindlichen Arbeitsbrüdern eine Mahnung sein, sich auch in Sport- und Gesellschaftsorganisationen ihren Klassenangehörigen anzuschließen. Sie soll ferner ein Aufruf sein an alle Arbeiterkinder, ihre Kinder dem Turnen und Sport in Arbeitervereinen zuzuführen, damit sie durch die Selbstübungen geträgt in den Kampf ums Dasein eintreten können.

Eisenbahner denkt an die Arbeitslosen!

der Nachmittags tag praktisch aufgehoben

die Befreiung der großen Arbeitslosigkeit?

Der perukische Kommissar trat auch nieder.

- Schöhl mit uns den Schiffkunden folgt

Ein Feigling der, der seine Klostergenossen und Arbeitsbrüder im Kampfe verläßt, der wartend abseits steht bis er sieht, wo der Sieg hinneigt, um sich dann zu entscheiden.

Auf dem Telegraphen-Amt Mainz wurde in einer Bekanntmachung obiger Verbände u. a. folgendes gesagt: „Durch den Kampf zwischen der Vertheidigung, Abtheilung Post und Telegraphie (früher Deutscher Transportarbeiterverband) gegen das Berufsbeamtentum führt, sind Tausende von Beamtenanwärterstellen durch das Finanzministerium gestrichen worden.“ Diese Behauptung entspricht nicht den Thatfachen. Wir stellen fest, daß niemals Verhandlungen mit dem Finanz- und Reichspostministerium stattgefunden haben, in denen der Vertheidigung

Abteilung Post-, Telegraphen- und Fernsprechpersonal des Deutschen
Verkehrsbundes.

Freiwerdungsamtliche Betriebsrätezentrale Potsdam. Donnerstag 7. Uhr bei
Herrn, Köpcke-Weinheim-Str. 88: Außerordentliche Haderversammlung. Wahl des Be-
zirksrats. Es ist notwendig, daß sämtliche Mitglieder der einzelnen Betriebsräte
erscheinen.

Zum Branntweiamonopol-Gesetz.

Die Bemessung des den einzelnen Betrieben zuzurechnenden Brennrechts, wofür bisher der Reichsrat zuständig war, sollte durch den Entwurf in die Hände der Monopolverwaltung gelegt werden. Das hat der Ausschuß abgelehnt und vorgeschlagen, die Regelung dem Beirat zu überlassen, da, wenn dort keine Einigung erzielt werde, dann wieder der Reichsrat die Entscheidung fällen müsse.

Zu den Bestimmungen des Entwurfs, die besonders die süd-
deutschen Obst-, Wein- und Kleineren Verschleiß-Brennereien
angehen, schlug der Ausschuss vor, dafür zu sorgen, daß es den
einzelnen Bauernwirtschaften ermöglicht werde, anfallendes
Material aus der eigenen Wirtschaft in der notwendigen Höhe zu
brennen.

Die Bestimmung des Entwurfs, monach die Monopolverwaltung beliebig Brennereien errichten oder erwerben kann, ohne an

In engem Zusammenhang hiermit stehen die die Gärungs-
effigindnstrie betreffenden Bestimmungen. Im Interesse der
landwirtschaftlichen Brennereten und der Verbraucher hat es der
Auschuß für notwendig erachtet, vorzuschlagen, daß die Verbrauchs-
abgabe auf Effigäure so zu halten sei, daß die Gärungseffigindnstrie
mithinrentend bleibt.

Eine für die Angestellten der Monopolverwaltung wichtige Bestimmung wurde vom Ausschuss grundsätzlich verändert. Diese Bestimmung sieht nämlich vor, daß Angestellte, die eine unbefristete Beamtenstellung abgeben, ihren Entschädigungsanspruch verlieren. Der Ausschuss war der umgekehrten Ansicht, daß eine solche Ablehnung die Entschädigungsansprüche der Angestellten nicht betreffen dürfe. Auch zugunsten der durch die Erweiterung des Monopolbetriebs entschädigungsberechtigten Arbeiter und Angestellten hat der Ausschuss wesentliche Verbesserungen vorgeschlagen und den Wunsch ausgesprochen, daß die von der Monopolverwaltung zur Bekämpfung der Trunksucht und der mit ihr zusammenhängenden Volkskrankheiten zur Verfügung gestellte Summe von 6 auf 12 Millionen Mark erhöht werden.

Schließlich trat der Zusatz noch dafür ein, daß die für die wissenschaftliche Erforschung und praktische Förderung des Kartoffelbaues und der Kartoffelerweiterung ausgeworfene Summe von 4 Millionen auf 9 Millionen Mark festgesetzt werden möchte.

Russische Warenbestellungen. Krassin erklärte, daß Rußland für fünf Millionen Pfund Sterling Waren in England und für 400 Millionen Mark in Deutschland bestellt hat.

Vertrieb für den deutsch. Teil: Dr. Werner Seifert, Charlottenburg; für Russisch: Th. Gluck, Berlin. Verlag: Bornträger-Berlin & u. A. O., Berlin. Druck: Bornträger-Verlagsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Buchbinder: A. Herrmann & Söhne.

17. Preuß.-Schd. (243. Preuß.) Klassen = Kollekte
8. Pfalz. 12. Rheinl. 24. Mai 1921.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefaßt, und zwar je einer auf die erste gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Die Gewähr. **Nachtrag verbunden**

Im der Vermittlungsbüro nachden Gewinne der 390 Wert gegen.

2 zu 18000 M 52903
2 zu 10000 M 179014
2 zu 6000 M 100000
78 zu 3000 M 724 15400 40494 42908 51495 55198 64125 87234 90790
119087 12 443 120765 127154 127654 120452 154701 125451 150182 154200
154689 189445 164775 170084 175045 184050 155111 187 853 187238 188054
204259 214739 201628 222485 235472 238959 238544 250685 259446 239089
214 zu 1000 M 2538 5065 11163 11830 13025 13540 14435 14772 13410
18150 18750 18951 25872 24434 29485 25997 38803 28602 38792 41230
51640 85007 64020 78818 74415 74816 76061 81762 82027 85283 87098
95251 98007 91174 94614 92167 96241 94600 97074 98028 99069 101674
105358 113347 111750 112770 120850 124547 137701 120381 130240 130570
130281 187098 137811 130654 140377 140485 131804 140500 145544 150927
180055 187148 195920 190588 192393 194045 175887 177759 178151 190572
190497 194500 198968 190884 201920 202177 203881 206670 205050 209290
210283 213724 215547 217773 218833 216881 201220 228393 224162 235474
235532 237745 237954 238805 239573 231183 231304 232604 235483 239364
235180 235200 236005 236590 239430
226 zu 500 M 1105 8056 6821 9505 10088 14823 16109 15883 10000
19288 20610 20574 26718 26784 27152 27179 29890 30414 32812 38370
59109 41341 48852 47722 51060 51685 82137 55885 61770 84549
67844 74770 74482 76227 76595 77157 77604 79832 81653 84217 86902
59409 59875 64818 68160 67217 102165 106023 111708 131425 114050
118701 117498 121586 126011 126059 137006 127732 130323 121042 138158
153915 135610 144250 144745 148718 152972 156408 157084 159493 160314
16100 18121 17164 17464 17947 18374 184007 186282 186931 187618
184202 190581 190372 197048 198766 190128 203441 203885 207895 208200
212946 216540 216054 216084 216990 216770 219125 223642 225315 235890
224733 226092 228613 230043 230238 231274 231415 232674 232945 235911
235050

Im der Vermittlungsbüro nachden Gewinne der 390 Wert gegen.

2 zu 18000 M 77045
2 zu 10000 M 76958 224893
10 zu 6000 M 2743 42264 92323 113500 155590
84 zu 3000 M 1552 2471 26078 28197 32477 30851 39847 58971 53803
66049 76875 80279 81832 80018 90999 100328 100430 104324 111401
111841 114900 120348 128822 147813 148028 163538 160991 187504 192904
190748 168400 168851 174183 178147 184008 188287 202184 203414 205651
213370 215831 218300 217104 274230 287074 355223 280753
220 zu 1000 M 2871 2886 7304 8262 13811 17390 25017 21870 23481
23568 25882 28020 32141 32450 33970 42703 43922 45485 50800 54892
56350 58975 61273 65415 67140 69222 72269 78203 77050 81245 83325
89102 82663 94104 93338 95451 98202 98421 97850 96808 100921
101971 102020 102883 105973 110347 114777 116243 116643 117704 118670
120001 120304 124181 128649 134267 183209 155564 189030 190174 193708
142768 144929 146582 147742 149461 160577 162971 169088 164374 168003
165141 166063 170455 170679 175696 176199 177963 175043 161616 183763
168837 192371 192532 192790 191785 191740 189211 208210 200506 209407
215903 215356 218789 218864 218543 218011 219664 215155 224617 233015
228210 227903 230740 230758 234879 236684 236667 236950 237001
222 zu 1000 M 3378 3378 4299 11345 12458 15592 15993 18774 19515 19001
18650 19259 24235 24244 25268 27675 29677 31328 36774 41843 41716
43082 51441 68482 80220 90567 90761 10000 79581 70508 76979 80587
81701 82402 83200 87239 92570 93140 98922 102445 108612 113656
114431 111846 118848 124090 126173 127931 130748 132325 150165 150207
187755 136003 189907 140458 141699 142044 143531 144088 152000 157109
155622 151258 150222 153889 160413 161943 162273 162365 167084 169540
167780 176946 174895 180107 181047 184334 185520 197238 238238 194542
189582 196548 200003 200923 210028 210818 213942 215091 210183 216482
215583 225241 224758 224870 225650 227546 301505 301103 311138 290180
321549 225088 223420 238930 233698 234058 334491 238390 238294 290358

Halbwattlampen
und (engl.) Electro-Install.-
Materialien
Carl Paschmann III. Bernauer
Str. 101
Fabrikgeb. III.

W. Offenkamp & regulierter Kupfer- u. Zinnschmied. Werkstatt am Bahnhof, Alsterhof, Restaurant Eden, Bismarckstraße, Bismarck, Berlin, Gensdörfer, 5.

H. Graß, Leipzig, Str. 75 II
Höchste Bezeichnung:
Direkt., Reelle
Gelegenheits-
käufe, Uhren,
Brillanten,
Schmucksachen.

Heilige Kuzine, Salbot zu
offenbarungen Psalmen. Psalm
Musik, nach moderner Art.
Temperowahl,
Bredenburg, 47. Baden. Gabe
Pfeife - Blumen - Strauß, am
Tempelhofer Feld. Jahreszahl:
Erlaubnis 44, 70, 71, 20, 20.



Kapitan-Kautabak
 hier reichlich in der feinsten guten Qualität zu beziehen
 durch die bekannten Vertriebsstellen
 E. Röder, Berlin, Dönhofsplatz St. 22. (Ansch. 3861)

Rund-, Flach-, Quadrat- u. Wandeisen,
Sied-Bohrer, Tr. Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sowie alle Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirosenstr. 12,
Bartholomäus 12072. See Holmerstraße. Worringen 12070.

Gebisse.
Der weiteste Weg lohnt. — Staffeln, Fahrgele.
Ankauf zu Engros-Preisen
Carl Willig, Kommandantenstraße — 30
— Moritzplatz 1144 —

Ferienfahrten 1921
 Vom 1.-27. August: 8 Fahrten nach Eifel (je 14 Tage)
 12.-27. Juli: 2 Fahrten nach Saar (je 14 Tage)

Am Mittwoch, 28. Mai, Nach-
mittagstragt. Hofsch. Gymnasium, **Tirol** in Wort
Deutschl., Buchdruckerei 31-35
Karten sind in unserer Buchhandlung zu haben.

Sollte Ihr Bedürfnis liefert Spezial- ein- u. Zweizimmer-
Einrichtungen sowie Einzelbetten gegen Flussvergütung
bei möglicher Anzeigung und geringen monatlichen
Ratenabzahlungen. Off. Postlagerkarte 102, Dehmann O 27.
Keine Aufseher. Größte Auswahl.

Technische Linotypesetzer
mit mehrjähriger Praxis stellt sofort ein
Lindendruckerei, Berlin NW 6
Schiffbauerdamm 19.